

# Danziger Zeitung



(Auflage über 10 000.)

General-Anzeiger für Danzig sowie die nordöstlichen Provinzen.

(Auflage über 10 000.)

Nr. 21193.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Abholstellen und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal ohne „Handelsblatt und landwirthsch. Nachrichten“ 2 Mk., durch die Post bezogen 2,25 Mk., mit „Handelsblatt und landwirthsch. Nachrichten“ 3,50 Mk., durch die Post bezogen 3,75 Mk. — Inserate kosten für die sieben-gespaltene gewöhnliche Schriftzeile oder deren Raum 20 Pf. Bei wiederholtem Inseriren entsprechen Rabatt. — Die

Montag früh. — Bestellungen werden in der Haupt-Expedition, Aetherhagergasse 4, bei sämtlichen Abholstellen und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal ohne „Handelsblatt und landwirthsch. Nachrichten“ 2 Mk., durch die Post bezogen 2,25 Mk., mit „Handelsblatt und landwirthsch. Nachrichten“ 3,50 Mk., durch die Post bezogen 3,75 Mk. — Inserate kosten für die sieben-gespaltene gewöhnliche Schriftzeile oder deren Raum 20 Pf. Bei wiederholtem Inseriren entsprechen Rabatt. — Die

1895.

## Deutscher Reichstag.

(Telegraphischer Bericht.)

Berlin, 11. Februar.

Der Reichstag nahm heute den Gesetzentwurf betreffend die Abänderung der Consulatgebühren ohne Debatte an. Darauf begann er die zweite Berathung des Etats und erledigte den Etat des Reichstages und den Etat des Reichskanzlers. Die Verhandlung war reich an interessanten Momenten. Beim Etat des Reichstages gelangte ein Antrag der freisinnigen Volkspartei auf Gewährung von Diäten für die Mitglieder des Reichstages gegen die Stimmen der beiden conservativen Fractionen zur Annahme. Bemerkenswerth ist, daß die Conservativen sich nicht als principielle Gegner des Antrages erklärten, sondern ihre Zustimmung davon abhängig machten, daß der betreffende Candidat resp. Abgeordnete in dem betreffenden Wahlkreise anständig sein müsse. Abg. Frhr. v. Mantuffel brachte zur Sprache, daß ein Brief, welchen der Abg. v. d. Gröben-Arenstein an ihn gerichtet habe und der interessante Mittheilungen über das Verhältniß des Bundes der Landwirthe zur Reichstagswahl im Wahlkreise Lyck-Diehlko-Johannisburg enthalte, in einer socialdemokratischen Zeitung veröffentlicht worden sei. Beim Etat des Reichskanzlers kam Abg. Frese-Bremen auf die Angriffe zurück, welche vor einigen Wochen der nationalliberale Abgeordnete Haffe bei Besprechung der Interpellation zum Schutze der Deutschen im Auslande gegen den damaligen Reichskanzler Grafen Caprivi gerichtet hatte. Frese trat denselben vom kaufmännischen Standpunkte scharf entgegen. Abg. Richter tabelte, daß der Reichskanzler Fürst Hohenlohe kürzlich auf die socialpolitischen Erlasse des Kaisers vom Februar 1890 zurückgegriffen habe, welche vom Reichskanzler nicht gegengezeichnet und trotzdem im „Reichsanzeiger“ publicirt worden seien. Es fand ein lebhafter Meinungsaustausch hierüber statt, an welchem sich auf der einen Seite der Abg. Richter, auf der anderen der Reichskanzler und der Staatssecretär Dr. v. Bötticher betheiligten.

Um 6 Uhr wurde die Sitzung auf morgen 1 Uhr vertagt.

Abg. Richter (freis. Volksp.) erklärt sich gegen die Benennung „Reichshaus“ für das Reichstagsgebäude und gegen die Annahme, daß das Gebäude in gleicher Weise für den Reichstag und den Bundesrath bestimmt sei, der in demselben ebenso wenig ein Hausrecht bestünde wie die Presse, die auch nur ihre eigenen Arbeitsräume habe. Die Verwaltung des Hauses liegt ausschließlich dem Reichstage resp. dessen Vorstand ab. Redner tabelt die schlechte Akustik auf der Journalistentribüne, die viel schlechter wie im alten Hause sei. Eine Abänderung sei dringend erforderlich, denn die Tribüne für die Presse sei wichtiger als die anderen Tribünen zusammengenommen.

Staatssecretär Dr. v. Bötticher: Der Bundes-

rath nimmt keinen Mitbesitz des Hauses in Anspruch und erkennt das Hausrecht des Präsidenten an; nur will der Bundesrath nicht aus den Räumen des Hauses exmittirt werden. (Heiterkeit.) Was die Thätigkeit der Reichsbau-Commission anbelangt, so hat die Commission einstimmig erklärt, ihre Thätigkeit noch nicht einstellen zu können. Die Anträge des Abg. Richter über die Akustik auf der Journalistentribüne theilt ich; die Schäden sollen näher untersucht werden.

Abg. Richter: Nach der klaren bestimmten Erklärung des Ministers Dr. v. Bötticher, welche das Verfügungsrecht des Präsidenten im Namen des Reichstages unbedingt anerkennt, ist ein Kompetenzconflict nicht zu befürchten. Wir werden auch weiter mit dem Bundesrath in diesen Räumen friedlich leben. Bei Neuerungen und Abänderungen muß selbstverständlich unser Präsidium maßgebend sein. Redner wünscht dann auch dringend eine Verbesserung im Interesse der Journalistentribüne, so sehr man es auch dem verehrten Publikum gönnen mag, den Reichstag hier in seiner Thätigkeit zu beobachten. Daraus muß für die Journalisten gesorgt werden. Ihre Thätigkeit sei für das ganze Volk von großer Wichtigkeit und man müsse den schweren Dienst denselben möglichst erleichtern.

Abg. Singer (Soc.) spricht ebenfalls für die Beseitigung der Mißstände auf der Journalisten-Tribüne und befürwortet bessere Gehälter für die Beamten des Reichstages.

Abg. Frhr. v. Mantuffel (conf.) theilt mit, daß er einen Brief, welchen der Abgeordnete v. d. Gröben-Arenstein an ihn über interne Vorgänge im Reichstagswahlkreise Lyck-Diehlko-Johannisburg gerichtet habe und den er Herrn v. Pöhl übergeben sollte, in der Wochenschrift des Reichstages vergessen habe. Das socialdemokratische Blatt „Leipziger Volksstimme“, dessen Redacteur der Abg. Dr. Schönlanck ist, habe diesen Brief wörtlich veröffentlicht. Redner mahnt die Kollegen zur Vorsicht und theilt mit, daß er den Diebstahl strafrechtlich verfolgen werde. Keine Zeitung einer anderen Partei würde so vorgehen.

Abg. Dr. Schönlanck (Soc.): Der Brief des Vorredners ist der Redaction abschriftlich zugegangen, ohne daß die Herkunft desselben angegeben wurde. Wir haben den Brief als politisches Actenstück veröffentlicht.

Abg. Frhr. v. Mantuffel (conf.) ersucht den Abg. Dr. Schönlanck um Auslieferung der Abschrift.

Abg. Bebel (Soc.) fragt den Abg. Dr. Schönlanck, ob der Redaction die Herkunft des Briefes bekannt sei. Die socialdemokratische Fraction verurtheile einen Verbrauchsbruch unbedingt; aber in diesem Falle würden conservative Blätter ebenso gehandelt haben.

Abg. Dr. Schönlanck (Soc.) erwidert, daß ihm die Herkunft des Briefes unbekannt sei. Hierauf kommt der Antrag des Abg. Richter um Gewährung von Diäten für die Mitglieder des Reichstages zur Berathung. Für die Annahme sprechen die Abgg. Werner (Antif.), Fischer (Soc.), Aröber (Soc. Volksp.) und Dr. Lieber (Centr.); gegen denselben v. Holleuffer (conf.) und Graf Eimburg-Sturum (conf.). Der Antrag wird darauf gegen die Stimmen der Conservativen und Freiconservativen angenommen. Es folgt die Berathung des Etats des Reichskanzlers.

Abg. Siegle (nat.-lib.) stellt eine Anfrage an die Regierung wegen des Schutzes der deutschen Colonisten in Syrien.

zu, daß er um sechs Uhr auf ihr Zimmer kommen dürfe und sie ihm dann all' ihre hübschen Sachen zeigen wolle, worauf sich sein Gesichtchen förmlich verklärte.

Seine Mutter verzehrte unterdessen mit der größten Gemüthsruhe ihr Frühstück und sah nicht oder beachtete wenigstens nicht, was um sie her vorging.

Als die Tafel aufgehoben war, bestand Frau Fane darauf, Bettie das Stricken beizubringen. Sie ließ keine der Entschuldigungen und Ausflüchte gelten, die von dem jungen Mädchen, das durchaus für Herrn Fane keine Strümpfe stricken wollte, vorgebracht wurden. Die Woll lag bereit, die Stricknadeln ebenfalls und Betties ungezeichnete Finger wurden gedrückt und gestoßen, bis ihr von der Anstrengung ganz heiß und beklommen ward. Nach einer Stunde war ihre Geduld erschöpft, aber ihre Lehrmeisterin nahm keine Notiz von ihren gerötheten Wangen und heißen Fingern.

„Ich muß mit der Haushälterin reden“, sagte sie plötzlich, „ich habe etwas vergessen, was ich ihr sagen wollte. Sie können diese Tour während meiner Abwesenheit zu Ende stricken.“

Die Thür schloß sich hinter ihr, und Bettie ließ das Strickzeug mit einem Seufzer der Erleichterung in den Schooß sinken und blickte mit einer Regung des Neides zu der jungen Frau Fane hinüber, die behaglich ausgestreckt vor dem großen Kamin lag. Bettie sah am anderen Ende des Bibliotheksimmers in der tiefen Fensternische; sie stützte den Kopf in die Hand und schaute in den trüben Novembertag hinaus.

Ein leises Lachen, das vom Feuer herüberlachte, ließ sie das Haupt wenden; Frau Bella schielte nicht, wie sie gewohnt hatte.

„Ich bedauere Sie“, sagte die junge Wittwe in ihrem gewohnten, leisen, langsamen Tonfall.

„Weshalb?“ fragte Bettie bestürzt.

„Erstens weil Sie für Gholto Strümpfe stricken

Staatsminister Frhr. v. Marshall weist ausführlich nach, daß das Auswärtige Amt zum Schutze der deutschen Colonisten das Seinige gethan habe; es sei alles geschehen, was überhaupt nur möglich sei.

Abg. Frese (freis. Vereinig.): Der Abg. Haffe hat neulich gegen den früheren Reichskanzler Grafen Caprivi Vorwürfe gerichtet, die allerdings schon damals der Staatssecretär Freiherr v. Marshall gebührend zurückgewiesen hat. Es muß diesen Vorwürfen aber auch vom kaufmännischen Standpunkte entgegengesetzt werden. Viele Deutschen gehen ins Ausland, weil sie hier Schiffbruch gelitten haben und dort verlangen sie nun von hier Unterstützung. Schon Fürst Bismarck hat gesagt, daß die Deutschen im Auslande sich den dortigen Institutionen fügen müssen. Das Ansehen der deutschen Flagge im Auslande ist nicht gesunken, sondern im Gegentheil gestiegen, besonders in Amerika. Das sage ich als Mitglied der Bremer Handelskammer. Wenn es gewachsen ist, muß man erst recht auf die Gefahr hinweisen, welche darin liegt, davon zu sprechen, daß wir die Handelsverträge, die wir mit anderen Ländern geschlossen haben, kündigen möchten. Darüber würden sich höchstens die anderen Staaten freuen; auch darin liegt eine Gefahr, wenn in Deutschland öffentlich erörtert wird, wie man aus den Handelsverträgen wieder herauskommen kann. Dadurch geht im Auslande die Zuversicht auf deutsche Treue und Glauben verloren. Mögen uns diese Gefahren erspart bleiben. (Beifall links.)

Abg. Molkenbuhr (Soc.) kommt auf die Thätigkeit der Arbeiterstatistik-Commissionen zu sprechen.

Präsident v. Levetzow ruft den Redner zur Sache.

Staatssecretär v. Bötticher ergreift das Wort zu einer kurzen Erwiderung. Es wird keineswegs beabsichtigt, das Material der Commission dem Papierkorb zu überweisen. Es wird vielmehr sorgfältig bearbeitet, um dann zu einem Gesetzentwurf benutzt zu werden.

Abg. Richter (freis. Volksp.): Ich möchte einige Bemerkungen an den kaiserl. Erlass vom Februar 1890 betr. den Arbeiteriduch knüpfen. Dieser Erlass bedurfte ebenso der ministeriellen Gegenzeichnung wie später der Erlass betreffend den Reichskanzlerwechsel. Bei beiden Erlässen fehlt die Gegenzeichnung, bei dem ersten soll Fürst Bismarck sie abgelehnt haben; sie sind also ungültig und nur privater Natur. Trotzdem wurden sie amtl. im „Reichsanzeiger“ publicirt. Ich frage an, ist die Regierung ermächtigt, Erlasse ohne Gegenzeichnung zu publiciren? Etwas wunderbar ist mir dieses Vorgehen doch vorgekommen. Ich führe noch einen anderen Fall an. Eines Tages meldete sich Hauptmann Lahner beim Reichskanzler Caprivi und sagte, er sei zum Gouverneur von Kamerun ernannt worden. Graf Caprivi hielt den Herrn zuerst nicht für ganz richtig im Kopf. (Heiterkeit.) Die Ernennung wurde nachher allerdings rückgängig gemacht. Darunter leidet meiner Meinung nach das Ansehen des Monarchen. Ich bitte um eine Erklärung.

Reichskanzler Fürst Hohenlohe: Was die Erlasse von 1890 anlangt, so erfolgte deren Publication zu einer Zeit, wo ich noch nicht im Amte war. Dafür trägt Fürst Bismarck die Verantwortung. Was den Fall Lahner angeht, so hatte eine Ernennung noch gar nicht stattgefunden, eine Gegenzeichnung war also auch nicht nöthig.

müssen“, lautete die von einem leisen, belustigten Lachen begleitete Antwort.

Bettie blickte kläglich auf das sehr unordentliche Strickzeug in ihrem Schooße nieder.

„Ich habe nie Handarbeit gemacht, weil ich es nicht ausführen konnte, aber es ist sehr freundlich von Frau Fane, mir darin Anweisung zu geben. Ich fürchte, ich bin eine recht ungelehrige Schülerin.“

Frau Peter Fane lachte aufs neue leise vor sich hin.

„Kommen Sie hierher an's Feuer, Fräulein Eysle“, sagte sie, „ich kann nicht mit Ihnen reden, wenn die ganze Breite des Zimmers zwischen uns liegt. So, das ist bequemer“, fuhr sie fort, als Bettie ihrem Wunsche Folge leistete. „Ich mag Sie leiden und möchte Sie warnen. Meine Schwiegermutter saß häufig eine heftige Zuneigung zu neuen Bekanntschaften; so ist es ihr mit Ihnen ergangen, aber ich bereite Sie darauf vor, daß das nie lange anhält — höchstens vier Wochen!“

Sie sprach so langsam und schleppend, als sei schon die Anstrengung des Sprechens überhaupt zu viel für sie.

„Ich sehe, Sie glauben mir nicht“, fuhr sie fort, „aber ich gebe Ihnen die Versicherung, daß ich verschiedene solcher Freundschaften zwischen Frau Fane und jungen Mädchen, die hier zum Besuch waren, erlebt habe; es spielt sich stets auf dieselbe Weise ab. Vermuthlich hat Sie Ihnen schon gesagt, wie sehr Sie sich eine Tochter gewünscht hatte, und Sie gebeten, ihr eine zu sein? Ah, das dachte ich mir!“ als ein Erröthen Betties Gesicht bei der Erinnerung an Frau Fanes Auf und Rede am gestrigen Abend überflog. „Das ist eine von den Phrasen, die sie für junge Mädchen auf Lager hält, und es ist reiner Unsinn. Sie hat sich nie etwas aus einem ihrer beiden Söhne gemacht und würde eine Tochter gehaßt haben.“

„Aber — aber, sie scheint doch sehr stolz auf Herrn Fane zu sein“, wandte Bettie, die ganz

Abg. Richter: Diese Erklärung erledigt die Sache nicht. Thatsächlich hätten jene Erlasse eine Gegenzeichnung haben müssen.

Staatssecretär Dr. v. Bötticher: Mir ist nichts davon bekannt, wie der Abg. Richter behauptet hat, daß Fürst Bismarck im Jahre 1890 eine Gegenzeichnung der kaiserlichen Erlasse abgelehnt hat. Er selbst hat vielmehr die Erlasse entworfen. Wenn eine Gegenzeichnung nicht erfolgt ist, so liegt das daran, daß die Erlasse nur eine gewisse programmatische Erklärung des Kaisers enthielten, in denen das Ziel bezeichnet wurde, welches der Kaiser zu erreichen wünschte. Die Erlasse bedeuten keinen Schritt der inneren Politik. Solche Erlasse aber bedürfen keiner Gegenzeichnung; dieselbe ist nur nöthig für politische Erlasse oder solche, an welche sich rechtliche Folgen knüpfen. Der Abg. Richter ist also von einer falschen Voraussetzung ausgegangen.

Abg. Richter: Die Erklärungen sind nicht richtig. Hauptmann Lahner hat sich beim Reichskanzler Caprivi dienlich als ernannter Gouverneur von Kamerun vorgestellt, und Fürst Bismarck hat bei jeder Gelegenheit seinen Gegensatz zu den Erlässen betont und hat die Gegenzeichnung abgelehnt. Wie konnte sich also Fürst Hohenlohe bei der Interpellation Hufe auf jene Erlasse berufen und erklären, die Regierung stehe noch auf dem Boden jener Erlasse?

Staatssecretär v. Bötticher sagt, Fürst Hohenlohe habe damals nur erklärt, daß die Regierung an jenem Programm des Kaisers festhalten werde.

Abg. Richter beharrt dabei, der Mangel der Gegenzeichnung bedeute einen Bruch der Verfassung. Der Reichskanzler und die Minister sollten aber sorgfältig auf Beobachtung der Verfassung halten.

Abg. Frhr. v. Stumm (Reichsp.) giebt seiner Verwunderung darüber Ausdruck, daß Abgeordneter Richter fünf Jahre gewartet habe, um diese Frage anzuregen.

Abg. Richter sagt, man erzähle sich, daß auch die Ernennung des früheren preussischen Ministerpräsidenten Grafen Eulenburg zum Staatssecretär im Reich ohne Gegenzeichnung erfolgt sei und erst jetzt durch den Reichskanzler redressirt sei.

Abg. Frhr. v. Mantuffel (conf.): Bei den Erlässen von 1890 handelt es sich nicht um eine Anordnung des Kaisers; eine Gegenzeichnung war also auch nicht nöthig.

Abg. Haffe (nat.-lib.) kommt auf die Rede des Abg. Frese zurück und hält den Schutz der Deutschen im Auslande, namentlich in den mittel-amerikanischen Staaten nicht für ausreichend.

Staatssecretär Frhr. v. Marshall erwidert eingehend, daß das Auswärtige Amt seine Schuldigkeit thue und die Befehle des alldeutschen Vereins unbegründet sei.

Abg. Graf Arnim (Reichsp.) erklärt, daß er als Vorstandsmitglied den genannten Verein in Schutz nehmen müsse. Unter dem Grafen Caprivi sei dem nationalen Bewußtsein der Deutschen nicht genügend Rechnung getragen worden.

Abg. Richter bedauert, daß der Reichskanzler Fürst Hohenlohe, obgleich er anwesend sei, der Frage der Gegenzeichnung nicht genügend Beachtung geschenkt habe.

Um 6 Uhr wurde die Sitzung geschlossen.

Berlin, 11. Februar. Die Justizcommission seht heute die Berathung der Novelle zum Gerichtsverfassungsgesetz fort. Die Commission

bestürzt von diesen vertraulichen Mittheilungen war, ein.

„Von ihm hält sie, glaube ich, mehr als von irgend einem anderen Menschen, ihr liebes Selbst ausgenommen, aber sehen Sie, sie könnte hier auch nicht wohnen, wenn sie sich nicht mit ihm vertrüge; sie müßte ihren kleinen Wittwenhül, Dover House, beziehen und von ihren eigenen Einkünften leben. Gholto ist ein so guter Mensch und läßt sich viel von seiner Mutter gefallen. Sie würde außer sich geraten, wenn er sich verheirathete; daran scheiterte gewöhnlich ihre Liebe zu den Mädchen, die hier zum Besuche waren. Andere zeigten sich bereit, für Gholto Strümpfe zu stricken, als Sie. Sie verjuchte sogar, mich stricken zu lehren, als ich hierher kam. Wie ich sie hasse!“ schloß Frau Bella.

Bettie starrte sie fassungslos an; durfte sie ihren Ohren trauen?

„Ja, ich hasse Sie“, wiederholte die junge Wittwe und schob sich ein Kissen im Rücken bequemer zurecht, „und der kleine Peter fürchtet Sie.“

„Aber weshalb bleiben Sie hier, wenn Sie solche Abneigung gegen sie empfinden?“

„Ich weiß es nicht, ich war bei Peters Tode hier und fühle mich jetzt hier heimlich. Außerdem wird Peter einst Gholto Place erben und daher ist es besser, er wohnt hier auf.“

„Gefällt Herr Fane verheirathet sich?“

„Oh nein, der wird niemals heirathen. Seit Jahren hat er keine Frau angesehen, und jetzt ist er zwieunddreißig. Er verheirathet sich nie.“

Es trat eine Pause ein. Bettie blickte sinnend in die Gluth, und Bella lehnte sich mit geschlossenen Augen zurück.

„Ich wollte Sie warnen, Fräulein Eysle, damit Sie nicht übereifrig sind, wenn meine Schwiegermutter gegen Sie Front macht; ich habe Sie schon so lieb gewonnen. Nun will ich mein Schicksal halten.“ (Fortf. folgt.)

## Betties Irrthum.

Von G. Ring.

Autorisirte Uebersetzung aus dem Englischen von Marie Schult.

Frau Fane verbrachte der ganzen Morgen damit, der neuen Hausgenossin die Schönheiten, die Gogh Place enthielt, zu zeigen. Es war in den Zeiten Heinrichs des Achten erbaut worden, und jede Generation hatte es mit Gemälden, Gläsern, Büchern, werthvoller Schnitzarbeit bereichert. Jedes war in seiner Art vollkommen und am Gelde war augenfällig nirgend gespart. „Gholto hängt so an seinem Besitze; er glaubt, kein anderer in England kommt ihm gleich“, sagte die alte Dame.

„Das wundert mich nicht. In finde ihn entzückend!“ rief das junge Mädchen begeistert. Beim Gabelstücken rückte Peter seinen Stuhl neben Betties Sessel.

„Wenn Onkel Ghol nicht zu Hause ist, will ich bei dir sitzen“, sagte er.

Der kleine hatte am liebsten schon am Nachmittag mit seinen Unterrichtsstunden begonnen, so entzückt war er von seiner Erzieherin, aber davon wollte die Großmutter nichts hören.

„Ich gebe es nicht zu, Fräulein Eysle, daß Sie heute schon unterrichten. Sie müssen sich erst ausruhen. Peter, quäle das Fräulein nicht; morgen fangen deine Stunden an.“

Der Anabe blickte verlangend zu Bettie auf. „Darf ich heute Nachmittag bei dir bleiben?“ flüsterte er.

Bettie war gern bereit, die Bitte des kleinen Burschen zu erfüllen, aber ehe sie noch die Lippen öffnen konnte, mischte sich die Großmutter ein.

„Nein, Peter, du mußt heute Nachmittag in der Kinderstube bleiben. Fräulein wird in Zukunft noch genug von deiner Gesellschaft bekommen.“

Um das Kind zu trösten, flüsterte Bettie ihm



lehnte die Verweisung von Unzuchtverbrechen an die Strafhammer ab, so daß also für diese Verbrechen das Schwurgericht competent bleibt; ebenso lehnte sie auch die Verweisung von Verbrechen im Amte und Verbrechen gegen die §§ 209 und 210 der Concursordnung vor die Strafhammer ab, nahm dagegen die Verweisung von Urkundenfälschung vor die Strafhammer an.

Der von den Abgeordneten Dr. Friedberg, v. Kardorff, Cieber und Graf Mirbach unterzeichnete Antrag betreffend eine internationale Regelung der Währungsfrage ist schon jetzt von 166 Abgeordneten unterzeichnet worden und zwar von den Conservativen, einem großen Theile der Freiconservativen, darunter Graf Bismarck, einem großen Theile des Centrums und der Nationalliberalen.

## Preussisches Abgeordnetenhaus.

(Telegraphischer Bericht.)

□ Berlin, 11. Februar.

Das Abgeordnetenhaus beendigte heute die Berathung des Ordinarius des Eisenbahnetats, wobei eine große Anzahl Petitionen um Aufbesserung der Gehälter der Beamten erledigt wurden. (Ueber den Anfang der Sitzung haben wir unseren Lesern bereits telegraphisch in der gestrigen Abendnummer berichtet.) Um 4 1/4 Uhr wurde die Sitzung geschlossen. Morgen steht das Extraordinarium des Eisenbahnetats und der Etat der Finanzverwaltung auf der Tagesordnung.

Eisenbahnminister Thielen (fortfahrend): Es können nicht mehr etatsmäßige Stellen eingerichtet werden, als dauernd nöthig sind. Es wird bereits darüber verhandelt, ob eine Anstellung der dauernd beschäftigten Techniker nicht möglich ist. Was die Baumeister anbetrifft, so wollen wir thun, was möglich ist. Den Herren ist zwar gleich bei ihrem Antritt gesagt worden, daß sie auf dauernde Beschäftigung keinen Anspruch haben. In den letzten 10 Jahren sind vierzig Millionen für Aufbesserung der Gehälter ausgegeben worden. Man kann also der Regierung nicht den Vorwurf machen, daß sie für die Beamten nicht genügend Sorge. Noch mehr zu thun verbieten die Finanzen.

Abg. Brömel (freil. Vereinig.) wünscht, daß das Petitionsrecht der Beamten unangefastet bleibe. Schluß der Sitzung 4 1/4 Uhr.

## Deutschland.

△ Berlin, 10. Februar. [Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung.] In der heutigen zahlreich besuchten Sitzung des Centralausschusses der Gesellschaft wurde zunächst der Etat festgestellt. Derselbe schließt in Einnahme und Ausgabe mit 33 425 Mk. ab und ist gegen das Vorjahr wenig verändert. Um bis zum Frühjahr, wenn irgend möglich, den vorliegenden dringenden Bedürfnissen um Gründung von Volksbibliotheken in mehr als 40 Orten zu entsprechen, soll nochmals ein Ansuchen an wohlhabende Mitbürger gestellt werden. In den letzten Tagen sind mehrere größere Beiträge für diesen Zweck eingegangen. — Für die Tagesordnung der nächsten Anfang Juni stattfindenden Generalversammlung wurden verschiedene Gegenstände aus dem Gebiet des Schulwesens (Ausgestaltung der Volksschule nach den Bedürfnissen der Gegenwart, Erziehung im vorschulpflichtigen Alter), der Gesundheitspflege, Organisation des Vortragswesens und Volksbibliotheken (Veschehallen) vorläufig in Aussicht genommen. Als Ort der Generalversammlung wurde Hamburg in Vorschlag gebracht. Herr Geh. Rath Dr. Förster berichtete über die neu eingerichtete Lesehalle in der Neuen Schönhauser Straße 13. Es sind dort 3 Zimmer in den Abendstunden von 6 bis 10 Uhr Abends zum Lesen von Zeitungen und Büchern eingerichtet. Der Besuch ist über Erwarten zahlreich. Fast jeden Abend finden sich dort gegen 200 Personen, am Sonntag erheblich mehr ein. Sind die Mittel zu beschaffen, so soll demnächst eine zweite Lesehalle eingerichtet werden.

\* Der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin brief telegraphisch den Staatsrath v. Bülow nach Cannes. Wie verlautet handelt es sich um einen Vortrag über die mecklenburgische Verfassungsfrage.

\* [Geschenke an Amtsvorgesetzte bei Dienstjubiläen und dergl.] In der neuesten Nummer des Centralblattes der Abgaben- u. Verwaltung bringt der Finanzminister Dr. Miquel die Ministerial-Verfügung vom 14. Juni 1886 in Erinnerung, in welcher der Wunsch ausgesprochen ist, daß im Bereiche der Verwaltung der indirecten Steuern die Darbringung werthvoller Geschenke bei Dienstjubiläen und ähnlichen Anlässen unterbleiben möge u. ein ähnliches Verbot ist im Anfang des vorigen Jahres vom Staatssecretär Dr. v. Stephan erlassen worden. Dasselbe besagt, daß künftighin in den Postbeamtenkreisen keine Sammlungen vorgenommen werden dürfen, um Vorgesetzten oder Kollegen bei Festlichkeiten Geschenke oder anderweite Zuwendungen zu machen; — und dies Verbot hat allgemeine Befriedigung hervorgerufen. — Die früher nur selten in Scene gegangenen Sammlungen haben in den letzten Jahren derart überhand genommen, daß sie als eine schwer drückende Last empfunden wurden, von welcher sich niemand ausschließen konnte, wenn er sich nicht der Gefahr aussetzen wollte, von seinen Vorgesetzten als Geizhals angesehen, oder gar des Mangels an Ehrerbietung beschuldigt zu werden.

\* [Gegen den Ausbruchszoll.] Zu der Frage, ob Zölle auf ausländische Gerbstoffe (Auebracho) eingeführt werden sollen, veröffentlicht die „Nordd. Allg. Ztg.“ eine von in der Sache orientirter Seite herrührende Zuschrift, in der nachgewiesen wird, daß der deutsche Schälwald und die kleinen Gerbereien durch Zölle von fremden Gerbstoffen nicht gefährdet werden können, dagegen die Zölle einen rapiden Rückgang des Gerbereiwerkes, der drittgrößten Industrie Deutschlands und die in hervorragender Weise am Export theilnehmende Schuhindustrie auf das empfindlichste schädigen, dem Inlande reichen Arbeitsverdienst entziehen und den alleinigen Vortheil dem Auslande zuführen würde. Der Reichstag sollte also die Anträge ablehnen.

\* [Angebliche Verstaatlichung des russischen Getreidehandels.] Der wirtschaftliche Wochen-

bericht der „Neu-Zeitung“ behauptet, daß Rußland zur Verstaatlichung des Getreidehandels kurzer Hand übergehe. Es ist eine wunderliche Deduction, die der Bericht macht. Da heißt es:

„Wie berichtet, ist daselbst ein Ausschuß, bestehend aus den Ministern des Krieges, des Innern, der Finanzen und des Ackerbaues, eingesetzt worden, der von den Bauern Roggen und Weizen für den Bedarf der Bevölkerung und des Heeres aufkaufen und den Verkauf so einrichten soll, daß dadurch kein Druck auf die Preise ausgeübt wird. Diese negative Form des Regulativs umschreibt dessen Zweck, ohne ihm seine Deutlichkeit zu rauben. Der Zweck ist einfach der, die Getreidepreise zu erhöhen. Was in Rußland für gestattet gilt, muß auch in den anderen Vertragsstaaten erlaubt sein. Ein Widerspruch Rußlands gegen die Ausführung des Antrages Ranzh kann hiernach als ausgeschlossen gelten. Wir sehen es kommen, daß die russische Regierung mit Hilfe der jetzt geschaffenen Organisation den ganzen Getreide-Ausfuhr-Handel ihres Reiches in ihre Hand zu bekommen suchen wird. Rußland wird nicht der einzige Staat sein, der in socialconservativen Reformen dieser Art die letzte, aber wirksame Hilfe vor dem Zusammenbruch der agrarischen Staatsgrundlage erkennt. Die anderen Staaten müssen dann aber nachfolgen.“

\* [Gendung chirurgischer Instrumente nach Japan.] Das Centralcomité der deutschen Vereine vom Rothen Kreuz hat 12 Kästen mit chirurgischen Instrumenten an die japanische Gesellschaft vom Rothen Kreuz in Tokio geschickt.

\* [Die neuen Infanterie-Offizierssäbel.] Scheinen wieder durch neuere ersetzt werden zu sollen. Wenigstens meldet die „Sp. Corr.“, daß dem Königin Augusta-Regiment in Spandau vom Kriegsminister 18 neue Offizierssäbel zum probeweisen Tragen überwiesen worden seien, wovon 12 von Offizieren, die anderen von Feldwebeln getragen werden. Die Säbel sind in der Form ähnlich den jetzigen, äußerlich gleichen sie jedoch den Säbeln der Marineoffiziere. Sie haben eine schwarze Scheide mit Messingbeschlag; die Scheide besteht aus Holz, das mit Kunstschmuck überzogen ist. Die neue Waffe soll sechs Monate hindurch versuchsweise getragen werden; alsdann sind die Gutachten über ihre Verwendbarkeit beim Kriegsministerium einzureichen.

\* [Befähigungsnachweis für Landwirthe.] Ein Berliner Blatt fragte dieser Tage: „Warum verlangen die Conservativen nicht vor allem die Einführung des Befähigungsnachweises für die Landwirthschaft?“ Darauf entgegnet die „Neu-Zeitung“:

„Bisher ist aus den Aereisen der Landwirthe eine derartige Forderung noch nicht erhoben worden. Sollte sie aber gestellt werden, falls immer häufiger Emporkömmlinge der Börse zum Ankauf von Landgütern schreiten würden, so sind von conservativer Seite grundsätzliche Einwendungen dagegen nicht zu erwarten. Im Gegentheil würde auch solche Forderung hinsichtlich ihrer Zweckmäßigkeit in wohlwollender Erwägung gezogen werden.“

Auch nicht übel!

\* [Münzprägung.] Amtlicher Nachweisung zufolge sind im Monat Januar in den deutschen Münzstätten an Reichsmünzen ausgeprägt: für 7 900 000 Mk. Doppelkronen, und zwar sämtlich auf Privatrechnung, für 351 530 Mark silberne Fünfmarkstücke, für 49 000 Mk. Fünf-pennigstücke und für 51 541,19 Mark Ein-pennigstücke.

## Oesterreich-Ungarn.

Wien, 10. Febr. Erherzogin Maria Theresia, die Gemahlin des Erherzogs Karl Stephan, ist von einem Prinzen entbunden worden. (W. I.)

## England.

London, 9. Februar. In Cork wurde heute John Twiss gehängt, der einen besonders grausamen Agrarmord an dem Verwalter eines Pachthofes verübt hatte, dessen Pächter ermittelt worden war. Die nationalisirten Abgeordneten riefen noch gestern im Parlament die Gnade für den Verurtheilten an, die abgelehnt wurde. Nach der Hinrichtung fällt die Todesstrafe-Jury über die Todesurtheile einen entsprechenden Urtheilspruch unter dem Hinzufügen, daß sie an des Hingerichteten Unschuld glaube, und daß er hätte begnadigt werden müssen. Dieser Zusatz erregt hier die peinlichste Sensation.

## Belgien.

Lüttich, 9. Februar. [Anarchistenprojek.] Müller und Westcamp wurden zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurtheilt, Broisch und Bach zu zehn Jahren Zwangsarbeit, Voss zu vier Jahren Gefängniß, Wilke und Schleich zu je drei Jahren Gefängniß, Frau Schleich zu 6 Monaten Gefängniß. Le Blanc, Arnold, Verbiß, Joris und Berg wurden freigesprochen. Als nach der Verkündung des Urtheilspruches der Verurtheilte Bach gefragt wurde, ob er noch etwas zu sagen habe, geriet er in maßlosen Zorn, beschimpfte die Richter und rief ihnen zu: „Ihr habt einen Justizmord begangen! Es giebt keine Gerechtigkeit mehr!“ Bach erkletterte die Barriere und begann mit der Wuth eines Wahnsinnigen auf die Gendarmen loszuschlagen. Schließlich gelang es 5 Gendarmen, ihn zu bändigen und gewaltsam fortzuführen, während Bach fortfuhr, die Richter zu beschimpfen. Die übrigen Verurtheilten verhielten sich ruhig. (W. I.)

## Spanien.

Madrid, 10. Februar. Der Senat hat die Regierungsvorlage betreffend den Getreide-schuhzoll genehmigt. Der Gesetzentwurf ist gestern Abend von der Königin-Regentin unterzeichnet worden. Nach der Veröffentlichung im Amtsblatt wird, wie bereits telegraphisch gemeldet, der Eingangszoll für fremdes Getreide auf 250 Pesetas, für Mehl auf 412 Pesetas und für Aale auf 2 Pesetas pro 100 Kilogramm erhöht. Das Gesetz ist bis zum 31. Dezember gültig. Die Regierung behält sich das Recht vor, die Gültigkeitsdauer des Gesetzes zu verlängern.

## Bulgarien.

Sofia, 10. Februar. Das Organ Jankows, „Gaglasch“, veröffentlichte gestern Depeschen, welche angeblich der Ministerpräsident Stoiłow mit den Behörden von Braha gewechselt haben sollte, um die Wahl Jankows in Bela-Slatina zu verhindern. Dem gegenüber erklärt das Blatt „Mir“, der Redacteur des „Gaglasch“ Makedonski habe Stoiłow in Gegenwart mehrerer Zeugen mittheilen lassen, er besitze auf die Wahl in Bela-Slatina bezügliche, Stoiłow sehr compromittirende Documente, welche er gegen Entgelt von 400 Francs vernichten wolle. Stoiłow habe dies Anerbieten mit Entrüstung zurückgewiesen.

Bermuthlich habe Makedonski jetzt andere Personen gefunden, die ihn bejahen. (W. I.)

## Telegraphischer Specialdienst der Danziger Zeitung.

### Der gestohlene Brief des Abgeordneten v. d. Gröben-Arenstein.

Berlin, 11. Februar. Der gestohlene Brief des Abg. v. d. Gröben-Arenstein an den conservativen Abg. Frhrn. v. Manteuffel (sfr. Reichstag) wird heute in den hiesigen Abendblättern veröffentlicht. Der Inhalt bezieht sich auf die Wahlbewegung im Wahlkreise Lyk-Diekh-Johannisburg und lautet etwa folgendermaßen:

Mein verehrter hoher Chef!

Sie können nicht verstehen, welche Mißstimmung das Verhalten des Oberpräsidenten Grafen Stolberg hier hervorgerufen hat. Ich habe eine historische Darstellung der Vorgänge an Herrn v. Plöb gesandt, druckfertig zur eventuellen Veröffentlichung, habe aber ausdrücklich gebeten, vorher Excellenz v. Köller vertraulich davon Mittheilung zu machen. Ich wünsche durchaus, daß dem Herrn Minister des Innern keine Unannehmlichkeiten bereit werden. Da alle Männer des Wahlkreises, die für eine Candidatur in Betracht kamen, abgelehnt hatten, mußten wir andere Männer suchen. Herr v. Borke-Rastenburg nimmt trotz der Aussichtslosigkeit an; er ist einer der wenigen Treugebliebenen des Bundes der Landwirthe, der angenommen hat. Eine Candidatur von Männern, die außerhalb Ostpreußens wohnen, konnte nicht acceptirt werden. Es handelt sich für uns nur um diejenigen Stimmen, welche, wenn der Bund der Landwirthe keinen eigenen Candidaten aufstellt, Herrn Sempel-Clheken zufallen würden. Es ist keine Freude für unseren Candidaten dabei; Borke hat die Last auf sich genommen. Herr v. Riepenhausen, der vorgeschlagen ist, ist unmöglich, da er kein Ostpreuße ist. Herr v. Plöb scheint sich allerdings für Herrn v. Riepenhausen zu erwärmen. Es ist durchaus nothwendig, daß des Grafen Stolberg unerhörtes und uns alle schädigendes Vorgehen zur Kenntniß des Ministers Köller kommt. Bitte, unterstützen Sie mich darin. Die Furcht Borkes vor den Antisemiten ist lächerlich. Hier heißt es in erster Linie eine Blamage vermeiden. Bitte, helfen Sie mir, so viel Sie können. Auf Wiedersehen am 13. Februar. v. d. Gröben-Arenstein.

### Die „Nordd. Allg. Ztg.“ und der Antrag Ranzh.

Berlin, 11. Februar. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ hebt heute hervor, die Regierung habe wiederholt ihre Pflicht betont, die Durchführbarkeit des Antrages Ranzh sorgfältig zu prüfen. Sie müsse aber davor warnen, wegen der lokalen Haltung der Regierung in optimistischen Schlüssen zu weit zu gehen. Bezüglich der im Antrage geplanten Hebung der Getreidepreise ließen sich Zweifel an der praktischen Ausführbarkeit derselben nicht abweisen. Man solle sich nur an die mißlungenen Getreide-Ankaufversuche in Rußland erinnern.

### Deutsch-ostafrikanische Centraaleisenbahn.

Berlin, 11. Februar. Nach der „Nat.-Ztg.“ schwebten über den Bau einer deutsch-ostafrikanischen Centraaleisenbahn von einem der Häfen des ostafrikanischen Schutzgebietes aus nach Victoria Nyanja und Tanganika seit längerer Zeit Verhandlungen zwischen der Colonial-Abtheilung des Auswärtigen Amtes und einer Bankiergruppe. Diese Verhandlungen haben nun durch den vorbehaltlich der Zustimmung des Verwaltungsrathes erfolgten Beitritt des ständigen Ausschusses der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft, deren Sitzung der Ministerialdirector Dr. Ranzh bewohnte, ihren Abschluß gefunden.

### Zur „Elbe“-Katastrophe.

Portsmouth, 11. Februar. Das von der Kaiserin Friedrich eingeladene Fräulein Bocher begab sich heute, um über die Katastrophe der „Elbe“ zu berichten, in Begleitung des Herrn und der Frau Cofens Prior, bei deren Kindern sie Gouvernante war, mit der königlichen Yacht „Alberta“ nach Osborne, von gegenwärtig auch der Herzog von Connaught weilte.

Comestoff, 11. Febr. Vor den Leichenschau-Geschworenen erklärte Moschkowich ferner, daß sein Schwager Guttman, welcher aus Pest mit seinem Passfuttal und Geschäftsbriefen verschwunden sei, mit seinem Bruder Adolf 300 000 Gulden an der Börse verloren habe. Der Verstorbenen habe die Gesellschaft, deren Director er gewesen sei, beraubt. Die Schwester der beiden Guttman sei mit ihnen verschwunden. Sie hätte 16 000 Gulden in ihr Kleid eingenäht. Die Geschworenen erklärten die Aussagen des Moschkowich für genügend.

Harmich, 11. Februar. Heute fand die Beerdigung einer von der Schmach „Ladn Montefiore“ nordöstlich von Gallopersand aufgefundenen und mit einem „Elbe“ gezeichneten Rettungsgürtel ausgerüsteten Leiche statt. Man glaubt die Leiche sei diejenige eines Schiffsrates; die Kleidung ist S. G. gezeichnet. Der deutsche Dicoconsul erhielt heute früh von der Schmach „Victor“ eine silberne Uhr und Kette und an Franz Theophil, Ingenieurgehilfe auf der „Elbe“, adressirte Briefe, welche von einer in der Nordsee aufgefundenen Leiche herrührten. Die Mannschaft der Schmach „Victor“ hatte die Leiche in See versenkt.

London, 11. Febr. In der heutigen Sitzung des Unterhauses erklärte Bryce, er habe weder

die Befugniß, das Wrad der „Elbe“ zu zerstören, noch durch ein Leuchfeuer oder eine Boje die Stelle des Unterganges zu bezeichnen, auch liegt das Wrad näher an der holländischen als an der englischen Küste.

Newyork, 11. Febr. Die geretteten Passagiere der „Elbe“, Hoffmann und Devera, sind auf dem Dampfer „Umbria“ hier angekommen.

Berlin, 11. Februar. Der „National-Zeitung“ zufolge hat der Kaiser für die an dem in Osttingen im Bau begriffenen Bismarckthurm anzubringende Gedächtnistafel folgende Inschrift bestimmt:

„Dem großen Ranzler — Kaiser Wilhelm II. 1895.“

— Die „Nordd. Allg. Ztg.“ erklärt heute den Artikel des „Matin“ betreffend die angeblichen Aeußerungen des Kaisers Wilhelm über die französische Präsidenschaftskrisis dem ganzen Inhalte nach für erfunden. Die angebliche Unterredung im intimen Kreise hat überhaupt nicht stattgefunden.

— Nach einer Meldung des „Berl. Tagebl.“ aus Petersburg befinden sich sowohl die junge Kaiserin von Rußland wie die Kaiserin-Wittve in gesegneten Umständen.

— Der „Post“ zufolge hat der Fiscus das dem Reichstage gegenüberliegende Terrain in der Sommerstraße an eine Baufirma für etwa 6000 Mk. die Rulle, im ganzen für etwa 3 Mill. Mark, verkauft.

— Der Redacteur des eingegangenen Blattes „Socialist“, Peterfon, ist wegen Aufreizung zur Gewalt, begangen in einem Artikel seines Blattes zu sechs Monaten Gefängniß verurtheilt worden.

— Auf dem Hauptpostamt in Spandau sind in der Nacht zum Sonntag von neun mit Geld gefüllten Fässern eins mit 10 720 Mk. Inhalt aus der Packkammer gestohlen worden. Das Geld war Sonnabend Abend von der General-militärkasse nach Berlin abgehandelt, zur Löpfung der Garde-Zufartillerie bestimmt und bestand meist aus Goldstücken.

Berlin, 11. Februar. Bei der heute Nachmittag fortgesetzten Ziehung der 2. Klasse der k. preussischen Lotterie fielen:

1 Gewinn von 3000 Mk. auf Nr. 82 743.

2 Gewinne von 1500 Mk. auf Nr. 59 706 67 797.

Hamburg, 11. Februar. Der als Preisranger bekannte ehemalige Gastwirth Karl Abbs ist heute gestorben.

Lübeck, 11. Februar. Der Dampfer „Strahburg“ ist heute Vormittag 1 1/2 Uhr nach einer Reise von einer Woche auf der Rhede von Reval angekommen.

Stuttgart, 11. Februar. Der „Staatsanzeiger“ veröffentlicht eine Verordnung, monach der Landtag auf den 20. Februar einberufen wird. Die 26 Stichwahlen finden am 14. und 15. Februar statt.

Bochum, 11. Februar. In einer von über tausend Personen besuchten Polenversammlung wurde eine Petition an den Landtag beschlossen, worin um Einstellung von mindestens 50 000 Mk. in den Etat zum Zwecke der polnischen Seelforge in den westlichen Provinzen ersucht wird.

Arco, 11. Februar. Nach amtlicher Meldung ist Erherzog Albrecht an leichter Lungenentzündung erkrankt. Die Entzündung ist nicht fortgeschritten; die Nacht war recht gut, das Fieber hat nachgelassen. Der Kräftezustand ist günstig.

London, 11. Februar. Im englischen Unterhause beantragte bei der heute fortgesetzten Adreßdebatte John Redmond einen Unterantrag, zu erklären, die Zeit sei gekommen, das Parlament aufzulösen und die Homerulefrage den Wählern zu unterbreiten.

Greenock, 11. Februar. Der überfällige Dampfer „Greecian“ aus Newyork ist eingetroffen. Er hatte eine stürmische Ueberfahrt und verlor während derselben eine größere Anzahl Vieh, darunter 19 Pferde und 46 Schafe.

Milazzo, 11. Februar. In der letzten Nacht wurde hier um 11 Uhr 30 Min. ein wellenförmiger Erdstoß verspürt.

Petersburg, 11. Februar. Der Finanzminister hat beschlossen, an allen Hauptplätzen des russischen Reiches Handelskammern nach deutschem Muster zu errichten.

Petersburg, 11. Februar. Es verlautet, zwischen Rußland und Rumänien seien Zollschwierigkeiten entstanden, da die rumänische Zollbehörde die Eingangszölle auf Seile, Bindfaden und Hanfartikel von 30 Ropken auf drei Goldrubel per Pud erhöht habe. Das Ministerium des Aeußeren ließ in Folge dessen Rumänien wissen, daß Rußland den Magistraltarif gegenüber den hauptsächlichsten von Rumänien exportirten Waaren anwenden werde.

Konstantinopel, 11. Februar. Die „Agence Balcanique“ dementirt formell die Nachricht der „Central News“, daß die Christen in Syrien ihre Tage als kritisch bezeichnen. Weber im Dilajet Syrien noch in Beirut oder Jerusalem ereignete sich irgend ein Fall von Gewaltthätigkeit oder ein Mord. Außer einem Unfall, wobei ein Kind um's Leben kam, ist nichts vorgekommen, was nur annähernd zu einer solchen Meldung berechtigte. Die aus englischer Quelle stammende Nachricht, daß der Justizminister ein Circular an die Gerichte erlassen habe, um dieselben in Sachen der angeklagten Armenier zu beeinflussen, entbehrt ebenfalls jeder halbächtlichen Begründung.

Kairo, 11. Februar. Ein englischer Polizeioffizier befohl dem Aufseher des deutschen Consularagenten, der zusammen mit einem Consularhelfer in Uniform seinen Herrn vor



Verantwortlich für den politischen Theil, Feuilleton und Vermischtes  
Dr. B. Herrmann, — den lokalen und provinziellen, Handels-, Marine-  
Theil und den übrigen redactionellen Inhalt, sowie den Inseratenthail:  
A. Klein, beide in Danzig.



